

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/150

9. August 1974

Gute Freundschaft mit den USA

Volles Vertrauen in den neuen Präsidenten

Von Bruno Friedrich MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 29 Zeilen

CDU-Agrarpolitiker laden schwere Schuld auf sich

Zu den Unruhen und den Protestaktionen der Bauern

Von Wilhelm Dröscher MdL
Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender des
Agrarpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand
der SPD

Seite 2 und 3 / 54 Zeilen

Brav, abgestanden und abgeschrieben

Zwischenbilanz des neuen Grundgesetzprogramms der CSU

Von Dr. Peter Glotz MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft und stellv. Vorsitzender
der bayrischen SPD

Seite 4 und 5 / 86 Zeilen

Frevelhaftes Spiel mit der Angst

Die Opposition und die Arbeitsmarktlage

Von Olaf Sund MdB
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozial-
ordnung des Bundestages

Seite 6 und 7 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 30

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Telefon: 22 80 37 - 30

Gute Freundschaft mit den USA

Volles Vertrauen in den neuen Präsidenten

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Ereignisse der letzten Tage hatten eine Tortour der Spannung geschaffen, mit einem Zwang zur Entscheidung, der sich Präsident Nixon auch in der starken Verfassungsposition, die dem US-Präsidenten gegeben ist, nicht mehr entziehen konnte.

Die Ursachen des Rücktritts sind ein zutiefst innenpolitischer Vorgang, in den wir uns von außen her weder einmischen können noch einmischen sollten.

Der tiefe Einschnitt in die Verfassungsgeschichte der USA ist unübersehbar. Die Gerichtsbarkeit hat nicht nur ihre Unabhängigkeit behauptet, sie hat die Gültigkeit der Rechtsnormen als höchstem Maßstab, dem sich auch der Präsident unterwerfen muß, durchgesetzt.

Der Kongreß hat im Zuge der Untersuchung seine Position gestärkt; dies kann möglicherweise künftig für die internationalen Beziehungen der USA bedeutsam werden.

Die Weltmacht USA bleibt im Zuge des Präsidentenwechsels außenpolitisch handlungsfähig. Der neue Präsident Ford kann volles Vertrauen auch der Bündnispartner erwarten. Die klar geregelte Nachfolgefrage wird keine Periode der Unsicherheit aufkommen lassen. Die geschaffene Klarheit dürfte die Position des neuen Präsidenten Ford in der Weltpolitik eher stärken.

Der zurückgetretene Präsident Nixon hat in den letzten zwei Jahrzehnten das Bild der Republikanischen Partei entscheidend geprägt. Doch sind die außenpolitischen Linien einer Weltmacht zu klar in festen Bahnen vorgezeichnet, als daß der Wechsel im Präsidentenamt einen neuen außenpolitischen Kurs bewirken könnte. Die Linien Henry Kissingers dürften auch künftig die Schienenwege der amerikanischen Außenpolitik sein.

Die Bundesrepublik Deutschland hat gute und freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Sie darf sich die Fortsetzung dieser Beziehungen sicher auch vom neuen Präsidenten Ford im bilateralen und im Bündnisbereich der NATO erhoffen. (-/9.8.1974/bgy/ex)

+ + +

CDU-Agrarpolitiker laden schwere Schuld auf sich

Zu den Unruhen und den Protestaktionen der Bauern

Von Wilhelm Dröschner MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender des
Agrarpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD

"Nicht, daß demonstriert wird, ist bedenklich, sondern daß in den Kundgebungen mehr und mehr nationalistische Töne hochkommen." Dieser treffende Satz hat sich in diesen Tagen im Kommentar von "Agra Europe" gefunden. Der Autor hat damit fraglos den Nagel auf den Kopf getroffen. In der Tat kann es den Bauern kaum jemand verübeln, daß sie sich zu gewissen Entwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft kritisch, laut und deutlich vernehmen lassen. Übelnehmen muß man es aber jenen Anheizern in allen Ländern der Gemeinschaft, die die Bauern für ihre Tricks einspannen, um sie vorsätzlich in eine falsche Richtung zu treiben und vor allem gegen Europa und den europäischen Gedanken aufzuwiegeln versuchen, wenn es in ihren eigenen Überlegungen paßt.

Den Anfang machten die italienischen Rechtsaussen dadurch, daß sie die Bauern gegen die römische Regierung aufhetzten und diese zwangen, Agrarimporte zu stoppen, vor allem Importe aus der Bundesrepublik Deutschland und hier wiederum aus Oberbayern. In der Europäischen Gemeinschaft und unter den deutschen Bauern war darum die Aufregung recht groß. Aber bereits heute gibt es in der Bundesrepublik von den CDU/CSU geförderten Tendenzen, die heerscharf in die gleiche Richtung gehen dürften. Der traurige Höhepunkt dieser antieuropäischen, eindeutig aber nicht gegen Brüssel und die Kommission, sondern gegen die sozialliberale Bundesregierung in Bonn gerichteten Welle ist an der deutsch-französischen Grenze bei Perl erreicht

worden, wo aufgetetzte Demonstranten einen Tanklastzug mit 25.000 Liter französischem Wein auslaufen ließen.

Die CDU/CSU, die bei jeder Sachbeschädigung bei anderen Demonstrationen von Studenten oder Gewerkschaften nach dem Staatsanwalt ruft, zeigte sich hier reichlich schweigsam, ganz offensichtlich deshalb, weil sie die Unruhe unter den Bauern bis zu den Oktober-Landtagswahlen hinweg führen will. Die Unions-Parteien, die einmal entscheidend an gewissen europäischen Fehlentscheidungen über ihre damaligen Bundesminister und ihre Männer an der Spitze der Kommission in Brüssel mitgewirkt haben, scheinen es aufgegeben zu haben, der Bundesregierung politisch den Rücken dabei zu stärken, daß im Interesse Europas nationale Fehlentwicklungen beseitigt und ein neuer Anfang dieser Agrarpolitik des gemeinsamen Marktes gemacht werden kann.

Einer der CDU-Wortführer im Bauernverband, Vizepräsident des Bauernverbandes Rheinland-Nassau, der rheinland-pfälzische CDU-Abg. Günther Schartz, hat im Grund in einer öffentlichen Versammlung auch klipp und klar genannt: Der Adressat der bäuerlichen Forderungen sei nicht Brüssel, sondern Bonn, man werde sich auch nicht an die Kommission, sondern an die Bundesregierung halten. Das ist nicht das Rezept eines Bauernführers, sondern das von der CDU übernommene Konzept, das keine bessere Position für unsere Bauern, sondern eine Stimmungsmache gegen Helmut Schmidt und Josef Ertl enthält. Baron von Heeremann, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, muß, wenn er es mit seinem Programm ernst meint, sich selbst von diesen Strategen distanzieren, über deren Lippen noch nicht ein einziges Mal ein Wort darüber gelangt ist, daß im Bereich der echten Bonner Zuständigkeiten, etwa auf dem Gebiet der Agrar-Sozialpolitik, die Bundesregierung von SPD und FDP seit 1969 mehr für die Bauern getan hat, als sämtliche CDU-Regierungen zuvor.

Wer den Bauern diese Tatsachen vorsätzlich verschweigt, handelt gegen die Interessen der Bauern und damit künftig auch der bäuerlichen Berufsverbände.

(-/9.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Brav, abgestanden und abgeschrieben

Zwischenbilanz des neuen Grundsatzprogramms der CSU

**Von Staatssekretär Dr. Peter Glatz MdB
Stellv. Vorsitzender der bayerischen SPD**

Die ersten Entwürfe für ein neues Grundsatzprogramm der CSU, die in einer "Zwischenbilanz" eben vorgelegt wurden, sind ein intellektueller Fehlschlag. Der deutsche Konservatismus bleibt theoretisch und blind; er drückt sich vor einer Analyse des gegenwärtigen Zustands unserer Gesellschaft und flüchtet in ein glanzloses Feuilleton: brav, abgestanden und abgeschrieben.

Das Auffallendste an dieser Arbeit, die an frühe Stilübungen jener Berzels erinnert, die diese damals im Auftrag Konrad Adenauers für die CDU diktierten, ist der mißlungene Versuch, die sozialdemokratische Konzeption der "Grundwerte" - entwickelt im Godesberger Programm - für die Konservativen zu übernehmen. Dabei machen es sich die Autoren einfach: sie übernehmen aus dem Godesberger Programm die Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit - und unterschlagen den dritten Grundwert, die Solidarität. Sicherlich, man kann durchaus verstehen, daß die CSU sich nicht in der geistigen Tradition der französischen Revolution bewegen will, daß sie sich weder zu liberté, égalité und fraternité, noch zu den Weiterentwicklungen dieser Grundwerte durch die Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts bekennen will. Eine konservative Gegenposition dazu entsteht aber doch wohl kaum, wenn man sowohl die Konzeption der Grundwerte als auch die Grundwerte Gerechtigkeit und Freiheit übernimmt, aber die "Orientierungsmarke Solidarität" einfach unter den Tisch fallen läßt. Dies ist schlitzohrige geistige Pfandleihe; und es gibt - beispielsweise für Sozialdemokraten oder Liberale - gar keinen Grund, darüber zu frohlocken: Die ökonomische und politische Situation der westlichen Industriegesellschaften ist so labil, daß es lebensgefährlich werden könnte, wenn politische Kräfte von der Bedeutung der CSU bei einer wortreichen Beschwörung des status quo stehen bleiben.

Was sind die entscheidenden Elemente dieser Grundsatzerklärung? Eine Ablehnung der "Demokratisierung", ein Ausspielen des Rechtsstaats gegen den Sozialstaat, ein Veto gegen die Politisierung und ein Verschweigen der Probleme wirtschaftlicher Macht. Die Strukturprobleme unserer Gesellschaft - Rohstoffmangel, Wachstumsbegrenzung, Bevölkerungsexplosion, Nord-Süd-Gefälle - kommen kaum vor.

So kann man sicherlich zu dem Ergebnis kommen, daß in der Bundesrepublik im letzten halben Jahrzehnt an manchen Stellen falsch demokratisiert wurde, daß die partizipationsfähigen Minderheiten überfordert wurden. Wenn man sich aber auf die Bemerkung beschränkt, die Demokratisierung "als Prozeß stärkerer Mitwirkung auch über die Formen der parlamentarischen repräsentativen Demokratie hinaus" sei "so wenig beliebig steigerbar wie die Zufuhr von Sauerstoff oder die Einnahme von Nahrungsmitteln" bleibt man unter dem Niveau selbst durchschnittlicher Diskussionen auf durchschnittlichen politischen oder sonstigen Akademien. Kein Zweifel: mit dem Prinzip der Mitbestimmung in gesellschaftlichen Institutionen kann man sich politisch auseinandersetzen. Richard Löwenthal hat dies beispielsweise genauso getan

wie Helmut Schelsky. Die CSU hat es versäumt.

Und was soll man mit dem Satz anfangen, der da lautet: "Der Rechtsstaat ist politisch die höchste Instanz." Es gibt unter den demokratischen Parteien in der Bundesrepublik keine, die daran zweifelt, daß das Konzept des Rechtsstaates eine unaufgebbare und große Errungenschaft unserer kulturellen Entwicklung ist. Aber ein Rechtsstaat muß nicht einmal demokratisch sein; und schon gar nicht sozial. Wenn man also mehr beabsichtigt als ein Zurechtmachen der Begriffe für die Propaganda, und wenn man vor allem das Grundgesetz ernst nimmt, darf man Rechtsstaat und Sozialstaat nicht gegeneinander ausspielen. Und die in den Grundsätzen enthaltene Feststellung, daß "unter natürlichen Umständen auf das Recht oft die Macht folgt", ist verräterisch: Umstände, unter denen Macht vor Recht geht, sind eben nicht "natürlich", sondern gesellschaftlich hergestellt und zu verändern.

Und dann ist noch von einer "Überschätzung des Politischen" die Rede, "einer Politisierung aller Bereiche des Lebens", die sich "notwendig als Einengung und Herabminderung des privaten Bereichs auswirken muß". Sicher ist richtig, daß es in den letzten Jahren manche Scheinpolitisierung gegeben hat. Und sicher ist die Absage der CSU an politische Heilslehren zu begrüßen, die anderen Parteien haben diese Absage längst vollzogen. Aber die Überschlagung des Problems wirtschaftlicher Macht, das Verschweigen des Grundwerts der Solidarität, die Ablehnung der Demokratisierung der Gesellschaft und die bewußte Betonung des "privaten Bereichs" - geht dies nicht alles zusammen? Läuft es nicht hinaus auf ein Konzept der gesellschaftlichen Beschwichtigung? Die Grundsätze der CSU betreiben eine Verharmlosung des Problemdrucks, eine Entpolitisierung der Menschen und eine Vertröstung der Arbeitnehmer auf ein "individuelles Sich-wohlfühlen".

Diese Grundsätze der CSU sind keine lebenslustige Kampfansage der Rechten gegen eine sozial-liberal regierte Republik; sie sind eher kraftlose Camouflage. Wenn man diesen Text liest, spürt man, warum Richard von Weizsäcker, Walter Leisler-Kiep oder Norbert Blüm nicht Mitglied der CSU sein könnten. Und man erkennt, wie wichtig es für diese deutsche Demokratie sein wird, die katholische Arbeiterbewegung und den liberal-konservativen Mittelstand von der unbedenklichen Vertretung der Geldinteressen abzulösen, wie Franz-Josef Strauß sie betreibt.

In ihren Grundsätzen steht der klassische Satz: "Die CSU ist die Partei der vernünftigen Mitte." Nun gut, über Mitte läßt sich heutzutage nicht mehr streiten. Auch wäre es töricht in Abrede zu stellen, daß der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission, Theo Waigel, oder um ein anderes Beispiel zu nehmen, der ebenfalls an der Formulierung der Grundsätze beteiligte bayerische Kultusminister Hans Maier, unzweifelhaft überzeugte Demokraten sind; Männer der rechten Mitte, die man meinethalben als vernünftig bezeichnen mag. Traurig ist nur, daß die Waigels und Meiers sich als respektable intellektuelle Repräsentantenfiguren der Firma Strauß und Kompanie mißbrauchen lassen. Insofern sind die "Grundsätze" ein Paravent vor der Wirklichkeit. Sie verdecken durch Allgemeinheiten die tiefen Gräben, die das konservative Lager durchziehen.

(~/9.8.1974/Vo/Ex)

+ + +

Frevelhaftes Spiel mit der Angst

Die Opposition und die Arbeitsmarktlage

Von Olaf Sund MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

Wenn in diesen Tagen nach Vorlage des Monatsberichts der Bundestatsalt für Arbeit die Opposition ihre Sorgen um die Beschäftigungslage äußert, dann könnte das eigentlich ein normaler Vorgang sein. Doch das ist nicht so. Es gibt dabei wieder falsche und dazu mehrstimmige Töne. Nur ist es diesmal ein anderes Lied. Die CDU hat entdeckt, was für Sozialdemokraten selbstverständliche Grundlage ihrer Politik ist: Sicherung der Vollbeschäftigung. Das war im Oppositionslager immerhin einmal anders. Wer erinnert sich nicht an die "gewollte Rezession" und die Konsequenz hoher Arbeitslosenzahlen? Und wer kennt nicht die von der Opposition in den jüngsten Auseinandersetzungen um die Stabilitätspolitik so auffällig oft gebrauchte Unterscheidung zwischen "Überbeschäftigung" und Vollbeschäftigung? Nun überbietet sich die CDU in angeblicher Sorge um die Beschäftigung. Und da sie seit langem mehrstimmig singt, haben sich Kohl, Stoltenberg und andere geäußert. Stoltenberg hat ein Programm vorgelegt, in dem "gezielte Maßnahmen" vorgeschlagen werden: eine Mischung aus diskutablen Hinweisen, die bekanntermaßen ohnehin Gegenstand von Überlegungen der Koalition sind, und von allgemein gehaltenen Forderungen, die manchen Bevölkerungsgruppen lieblich in den Ohren klingen mögen, zur Lösung des Problems, um das es geht, aber kaum beitragen.

Dies alles wäre nicht sonderlich bemerkenswert. Sorge muß hingegen die Dramatik bereiten, die die Opposition dem Thema verleihen will. Wohlge-merkt: Für Sozialdemokraten gilt die von Bundeskanzler Helmut Schmidt immer wieder betonte Vorrangigkeit von Vollbeschäftigung unter konkurrierenden wirtschaftspolitischen Zielen uneingeschränkt. Und da bedarf es keiner Auf-forderung von Herrn Stoltenberg an den Kanzler, dies zu interpretieren. Die Opposition war es schließlich, die den Kanzler wegen der Feststellung wütend angriff, daß er notfalls der Beschäftigung einen höheren Rang einräu-men werde als der Stabilität. Die Lautstärke jedoch, mit der die CDU jetzt das wirtschaftspolitische Thema wechselt, läßt skeptisch werden. Immerhin hat es sich herumgesprochen: unter den Industrienationen fährt die Bundesre-publik Deutschland bei ihren Bemühungen um Preisstabilität am erfolgreich-

sten. Während sich in anderen Ländern der Preisauftrieb noch verstärkt, wurden bei uns die Preiserhöhungsraten heruntergedrückt. Gleichzeitig wird ein hohes Beschäftigungsniveau gewährleistet, und niemand sollte vergessen, daß die volkswirtschaftliche Leistung durch mehr als 2,5 Millionen ausländischer Arbeitskräfte zusätzlich verstärkt wird. Die Bevölkerung hat verstanden, daß eine zentrale Ursache für den Preisanstieg außerhalb der Bundesrepublik liegt: Verteuerung der Rohstoff- und Energiekosten, veränderte terms of trade. Ein ständig wachsender Ausfuhrüberschuß erreichte im ersten Halbjahr 1974 eine neue Rekordhöhe. Nun spricht es sich auch herum, daß wir wegen dieses Erfolges neue Probleme zu meistern haben und zwar offensichtlich umso mehr, desto erfolgreicher wir im internationalen Vergleich in unserer Stabilitätspolitik sind.

Dies auf dem Hintergrund von Schwierigkeiten einer Wirtschaft, die sich auf hohem Niveau weiterentwickelt, bei Ungleichgewichten in Branchen, die seither nur Wachstum und eine scheinbar unbegrenzte Nachfrage kannten. Hier gibt es nun mancherorts schmerzliche Anpassungsvorgänge und herbe Erfahrungen. Die Folge ist eine gespaltene Konjunktur und Probleme von einer neuen Qualität, für die es keine Patentlösungen gibt und für die nationale Lösungen nur begrenzt erfolgreich sein können. Solche außerwirtschaftlichen strukturellen, konjunkturellen und auch saisonalen Probleme erfordern ein sorgsames, ein abgestuftes und differenziertes politisches Operieren und Reagieren, und zwar gleichermaßen auf dem Feld der Wirtschaftspolitik wie auf dem Feld der Sozialpolitik. Dies ist die Politik der Bundesregierung. Augenmaß und Umsicht sind kein Attentismus. Vorschläge gibt es viele. Sie sind oftmals widersprüchlich. Manche sind hilfreich, manche sind überflüssig, manche schädlich. Sicher sind diejenigen schädlich, die ohne Maß und ohne Rücksicht auf ihre Wirkungen gemacht und die nur um ihrer selbst willen lautstark verkündet werden. Die Union sollte Abschied nehmen vom Spiel mit der Angst. Noch ist dazu Gelegenheit. Aber es bleibt der Zweifel, daß die Opposition der Versuchung nicht widersteht. Wenn Kohl und Stoltenberg in ihrer Kritik an der Bundesregierung miteinander konkurrieren, dann nimmt die Sache Schaden, um die es geht.

(-/9.8.1974/Vo/Ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert